

Pressemitteilung des AK Photovoltaik Baden-Württemberg vom 16.3.2012

Umweltminister Franz Untersteller trifft sich mit Photovoltaik-Industrie: Energiewende ist nur mit PV möglich.

Die baden-württembergische Photovoltaik-Industrie traf sich mit dem Landes-Umweltminister Franz Untersteller, um über die Zukunft der erneuerbaren Energieversorgung und der PV im Besonderen zu sprechen.

Gegenüber dem Minister forderte die baden-württembergische PV-Industrie eine moderatere Kürzung des Einspeisetarifs für die Photovoltaik, eine Beibehaltung des Ausbaukorridors von 3-3,5 GW pro Jahr und eine adäquate politische Unterstützung der heimischen Industrie, um die lokale Wertschöpfung zu stärken und die unvermeidlichen Geburtswehen einer neuen, aussichtsreichen Industrie abzufangen.

Vor diesem Hintergrund stellt der Arbeitskreis Photovoltaik Folgendes fest:

1. Die **hohen Kürzungen der Solarförderung** in der nahen Vergangenheit haben zu solaren Einspeisetarifen geführt, die für die **Hersteller von PV-Modulen** nicht mehr auskömmlich sind, was sich u.a. darin zeigt, dass diese weltweit im letzten Quartal 2011 **in die Verlustzone** gerutscht sind. Die vorgesehenen weiteren Kürzungen halten wir daher für überzogen. Die geplanten Minderungen gefährden den Fortbestand einer ganzen Industrie, sicher aber den der in Deutschland ansässigen Unternehmen.

Hiervon sind mittlerweile auch die **Maschinenproduzenten** als Zulieferer **nicht mehr ausgenommen**. Der großumfängliche Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen droht, bzw. ist schon eingetreten.

2. Industrieverbände wie der DIHT und der BDI fordern einen „**Masterplan**“ für die **Energiewende**, in dem u.a. Ausbauziele beschrieben werden. Dabei wird ignoriert, dass ein solcher Masterplan in Form der jährlich von der Bundesregierung beauftragten Leitstudie bereits seit fast einem Jahrzehnt **existiert**. Die Leitstudie postuliert bis 2020 ein Ausbauziel für die PV von 52 GW; diese Zahl wurde von der Bundesregierung auch in ihrem Nationalen Aktionsplan als Ziel für die EU avisiert.

Daraus leitet sich das von Bundesumweltminister Norbert Röttgen bisher anvisierte jährliche Ausbauziel von 2,5 bis 3,5 GW ab – der diskutierte Korridor bis 1 GW pro Jahr und der neu vorgeschlagene, um jährlich 400 MW abnehmende Zubau ist hierfür zu klein und schadet zudem der Industrie, die bisher auf Wachstum gesetzt hat.

Wie zudem Studien der Prognos AG und des Bundesumweltministeriums feststellen, hat die Fortschreibung des Ausbaus gemäß Prognose der Übertragungsnetzbetreiber nur mehr **geringe Auswirkungen auf den Strompreis** für Endverbraucher (1,9% Steigerung bis 2016).

3. Das **Ausbauziel von 52 GW ist technisch notwendig**, um die zukünftige Energieversorgung kostengünstig und versorgungssicher zu gestalten. Das Ausbauziel leitet sich daraus ab, dass bei einem Verhältnis von Sonnen- zu Windkraft von etwa zwei zu drei der **Speicherbedarf minimiert** wird. Da Speicher teuer sind, wird erneuerbarer Strom **ohne Solarkraft bis zum Zehnfachen kosten**.

4. Mit der massiven Förderkürzung droht die Bundesregierung einer Industrie auf der Zielgeraden Knüppel zwischen die Beine zu werfen, wenige Jahre, bevor der wirtschaftliche Durchbruch erreicht werden kann. **Für die bisherige und zukünftige Vorinvestition** in die PV und andere erneuerbare Energien **bekommt die Öffentlichkeit eine bezahlbare, verlässliche und saubere Energieversorgung** der Zukunft, zudem ein Exportmodell „Made in Germany“, das den wirtschaftlichen Standort Deutschland stärkt. Siehe hierzu die Anlage „Energievision BaWü“.

Dazu **Professor Eicke Weber** vom Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg: „Wir und die Industrie wollen die Landesregierung dabei unterstützen, den Anteil der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg bis 2020 mehr als zu verdoppeln. Das funktioniert nur, wenn wir auf *beide* Energieträger, Wind *und* Sonne, setzen.“

Hinzu komme, so **Professor Michael Powalla** vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW), dass "die deutsche Photovoltaik-Branche auf eine weltweit führende Stellung in der Technologie, eine überaus leistungsfähige Forschungslandschaft und nicht zuletzt auf mehr als 100.000 Arbeitsplätze verweisen kann. Dass nun ausgerechnet das Bundeswirtschaftsministerium dies alles gefährdet, ist völlig unverständlich.“

Über den AK Photovoltaik Baden-Württemberg

Die baden-württembergische Photovoltaik-Industrie ist seit mehreren Jahren durch den teilnehmer-offenen „Arbeitskreis Photovoltaik“ bei der Stuttgarter Landesregierung vertreten. Ihm gehören alle im Land ansässigen Unternehmen an, die mit dem Maschinenbau für die PV-Industrie, mit der Herstellung von PV-Modulen oder mit der Energieerzeugung befasst sind, sowie zahlreiche Forschungsinstitute und andere öffentliche und private Einrichtungen. Sie vertreten gemeinsam über 5 Mrd. Euro Jahresumsatz und beschäftigen etwa 20.000 Vollzeitbeschäftigte.

Ansprechpartner für Rückfragen:

Dr. Wolfgang Seeliger
Tel.: +49 (0) 7344 – 918 9109
Mob.: +49 (0) 170 5600511
E-Mail: wolfgang.seeliger@centrotherm.de